



2003/39 Antifa

<https://ads.jungle.world/artikel/2003/39/deutsches-haus>

Deutsches Haus

<none>

Der neue Bremer Innensenator Thomas Röwekamp (CDU) will härter gegen Asylbewerber vorgehen. Nach einem Bericht der taz vom 17. September will er »Abschiebehindernisse beseitigen«. Im ersten Halbjahr 2003 habe es »nur« 152 Abschiebungen aus Bremen gegeben. Nun wolle er etwa die »gesundheitlichen Prüfungen« vor den Abschiebungen einschränken und »Teilausreisegruppen« bilden, um Familien leichter trennen zu können. Am 14. September protestierte die Nordelbische Kirche gegen die Abschiebep Praxis der Stadt Hamburg. »Viele werden in Hamburg verhaftet, bevor überhaupt Gründe für ihre Abschiebung gefunden, geschweige denn geprüft worden sind«, sagte die Pastorin Fanny Dethloff dem Hamburger Abendblatt. »Zwischen 2 000 und 4 000 Menschen sollen in Hamburg bis Februar abgeschoben werden, das gibt eine Massenpanik. Die Menschenrechtsverletzungen in Hamburg nehmen zu.« Am 12. September kam es in Löbau (Sachsen) auf dem dortigen Stadtfest zu schweren Ausschreitungen. Rechtsextreme Jugendliche prügeln sich mit einer Gruppe Spätaussiedler. »Zu den Motiven der Auseinandersetzung ist derzeit noch nichts bekannt«, erklärte die zuständige Polizeidirektion Görlitz. Sechs Personen im Alter von 17 bis 39 Jahren wurden verletzt. Die Polizei ermittelt wegen schweren Landfriedensbruchs. Zum ersten Mal seit Jahrzehnten ist offenbar am 10. September wieder ein Flüchtling aus Afghanistan aus Niedersachsen abgeschoben worden. Alle Anträge, die Abschiebung des 25jährigen zu verhindern, seien abgelehnt worden, erklärte ein Sprecher des niedersächsischen Flüchtlingsrates der Jungle World. Der Mann lebte seit zwölf Jahren in Deutschland und spricht fließend deutsch. Seine Eltern und seine Geschwister wurden in Deutschland eingebürgert. Die Familie hatte sich bereit erklärt, den Lebensunterhalt für ihn zu bestreiten. Bisher wurden Abschiebungen nach Afghanistan wegen der dortigen instabilen Lage und wegen der Bitten des UNHCR nicht durchgeführt. Seit der Innenministerkonferenz vom 15. Mai dieses Jahres werden Abschiebungen in das Land wieder in Erwägung gezogen. Bereits am 24. August erlag der Türke Hüseyin Dikec seinen schweren Brandverletzungen. Der Mann hatte sich am 31. Juli in einem Ausländeramt des Kreises Gütersloh (Niedersachsen) aus Angst vor seiner Abschiebung selbst angezündet. Dikec ist bereits der zweite Tote im Zusammenhang mit der Ausländerbehörde des Kreises Gütersloh. Bereits im Januar erhängte sich der Georgier David Madeov, der ebenso abgeschoben werden sollte. Am 30. Juni teilte die Ausländerbehörde der Witwe und den beiden Kindern Madeovs mit, dass sie »das Bundesgebiet unverzüglich zu verlassen« hätten. Ihnen droht die Abschiebung, sollten sie nicht bis zum 30. September das Land verlassen haben. In Berlin ist die Anzahl der Delikte mit rechtsextremem Hintergrund im vergangenen Jahr stark angestiegen, teilte der der Verfassungsschutz in der vorigen Woche mit. Im Vergleich zum

Vorjahr habe sich die Zahl solcher Straftaten im Jahr 2002 von 455 auf 948 nahezu verdoppelt.

SW

© Jungle World Verlags GmbH